

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Zwölfte Tagung der Konferenz im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche am 18. und 19. Februar 2019 in Brüssel

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|----------|
| 1. Teilnehmer der deutschen Delegation | 2 |
| 2. Einführung | 2 |
| 3. Verlauf der Tagung | 2 |
| 3.1 Plenarsitzung: Welche Rolle spielt der MFR bei Konvergenz, Stabilität und Kohäsion in der WWU | 3 |
| 3.2 Die Zukunft des Euro 20 Jahre nach der Einführung | 4 |
| 3.3 Prioritäten für Investitionen für die Förderperiode nach 2020 | 4 |
| 4. Konferenz zum Europäischen Semester | 5 |
| 4.1 Plenarsitzung: Das Europäische Semester – eine Bestandsaufnahme. | 6 |
| 4.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Wirtschaft und Währung | 7 |
| 4.3 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten | 7 |
| 4.4 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Haushaltsausschuss | 8 |

1. Teilnehmer der deutschen Delegation

An der zwölften Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) sowie der Konferenz des Europäischen Parlaments zum Europäischen Semester nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU), Delegationsleiter,

Abgeordneter **Uwe Feiler** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Christian Petry** (SPD),

Abgeordnete **Dr. Birgit Malsack-Winkemann** (AfD),

Abgeordnete **Ulla Ihnen** (FDP),

Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.) sowie

Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Der Bundesrat war durch Staatssekretärin **Heike Raab**, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, vertreten.

2. Einführung

Mit dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, zu denen mit Ausnahme des Vereinigten Königreich, der Tschechischen Republik und Kroatiens alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören, zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Artikel 13 des Fiskalvertrags sieht die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vor, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen gemäß der Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Zu diesem Zweck findet seit 2013 regelmäßig die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung (SWKS-Konferenz) statt.

Die Geschäftsordnung von November 2015 legt Aufgabenspektrum und Modalitäten der Konferenz fest. So soll diese einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten. Darüber hinaus dient sie der Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die Konferenz findet wechselweise im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel sowie im Herbst in demjenigen Land statt, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat. Deutschland wird bei der Konferenz regelmäßig durch Delegationen des Bundesrates mit zwei Mitgliedern sowie des Bundestages mit neun festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen repräsentiert. Angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies zumeist Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

3. Verlauf der Tagung

Die zwölfte Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über SWKS fand unter dem gemeinsamen Vorsitz der Rumänische Abgeordnetenversammlung und des EP in Brüssel statt und befasste sich mit folgenden Themenschwerpunkten: In der ersten Sitzung der Tagung diskutierten die Delegierten die Rolle des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bei Konvergenz, Stabilität und Kohäsion in der WWU. Die zweite Sitzung hatte die Zukunft des Euro 20 Jahre nach seiner Einführung zum Thema. Im Mittelpunkt des abschließenden Meinungsaustausches standen die Prioritäten für Investitionen in der Förderperiode nach 2020.

Gastredner der SWKS-Konferenz waren unter anderem der Kommissar für Haushalt und Personal, **Günther Oettinger**, sowie der Präsident der Eurogruppe, **Mário Centeno**, und **Werner Hoyer**, Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB). Weitere Podiumsbeiträge der Plenarsitzungen steuerten Abgeordnete der nationalen Parlamente und des EP bei.

Am Vortag fand die Konferenz zum Europäischen Semester im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche statt. Neben einer Plenarsitzung, die sich mit einer Bestandsaufnahme des Europäischen Semesters befasste, beinhaltete die Konferenz drei interparlamentarische Ausschusssitzungen. Als Vertreter der nationalen Parlamente

hielt u. a. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) einen Kurzvortrag in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung.

An beiden Konferenzen nahmen Abgeordnete von Parlamenten aus 26 Mitgliedstaaten der EU und dem EP teil. Darüber hinaus waren Delegierte aus Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sowie aus Norwegen und der Schweiz als Beobachter eingeladen.

3.1 Plenarsitzung: Welche Rolle spielt der MFR bei Konvergenz, Stabilität und Kohäsion in der WWU

Der Kommissar für Haushalt und Personal, **Günther Oettinger**, bezeichnete in seinem Redebeitrag den MFR und die Vertiefung der WWU als die beiden größten Projekte in seinem Zuständigkeitsbereich. Eine starke Währungsunion sei unabdingbar, da der Euro ein Gegenwicht zum Dollar bilden müsse. Die Eurokrise habe gezeigt, dass noch einige Schwächen zu beseitigen seien. Die Kommission schlage daher neue Haushaltsinstrumente für die Eurozone im Rahmen des EU-Budgets vor, die zur Unterstützung von Strukturreformen sowie der Stabilisierung von Investitionen dienen. Darüber hinaus wies er auf die Programme für diejenigen Länder hin, die dem Euro beitreten wollen. Um die jeweiligen EU-Programme, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten eingingen, ohne Verzögerung weiterführen zu können, appellierte er an die Delegierten, dem MFR die erforderliche Zustimmung in den nationalen Parlamenten zu erteilen.

MdEP **Eider Gardiazabal Rubial** (S&D), zuständige Berichterstatterin im EP, ging in ihrem Kurzreferat auf den Verordnungsvorschlag für ein Reformhilfeprogramm ein, der derzeit im EP diskutiert werde. Der Vorschlag sei nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Eurozonenbudget und müsse sowohl Hilfen für Strukturreformen als auch technische Unterstützung beinhalten. Sie kritisierte, dass sich die Verteilung der Mittel nach der Bevölkerungszahl richte. Dies sei zwar ein objektives Kriterium, berücksichtige aber weder den Reformwillen der betroffenen Mitgliedstaaten noch deren finanzielle Möglichkeiten. Über die Verhandlungen zum Investitionsstabilisierungsinstrument berichteten die MdEP **Pervenche Berès** (S&D) und **José Manuel Fernandes** (EVP). Da es innerhalb der Währungsunion kaum einzelstaatliche Eingreifmöglichkeiten im Falle von Krisen gebe, müsse dieses Instrument als wichtige Steuerungsmaßnahme auf den Weg gebracht werden. Beide MdEP forderten Rat und Eurogruppe auf, die Verhandlungen zum entsprechenden Vorschlag aktiver durchzuführen. MdEP Fernandes stellte das Vertrauen der Mitgliedstaaten untereinander und die Notwendigkeit der Einhaltung von Regeln, vor allem des Rechtsstaatsprinzips, in der WWU heraus.

Die beiden Vertreter der nationalen Parlamente auf dem Podium, die Abgeordneten **Evert Jan Sloopweg** (Niederlande) und **Duarte Pacheco** (Portugal) thematisierten die Notwendigkeit von Reformen in der WWU, damit die Mitgliedstaaten im Falle einer neuen Krise gerüstet seien. Der Abgeordnete Sloopweg plädierte dafür, Anreize für Strukturreformen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren. Dies dürfe aber keinesfalls zu höheren Beiträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen des MFR führen. Dagegen verwies der Abgeordnete Pacheco auf die nach wie vor hohe Bedeutung der Kohäsionspolitik. Diese könne den Bürgern die europäische Idee wieder näher bringen, daher lehne er Mittelkürzungen für die entsprechenden EU-Fonds ab.

Zur Frage der Einführung eines Eurozonenbudgets erklärte der Abgeordnete **Jerzy Meysztowicz** (Polen), dass aufgrund der Erfahrungen in Polen ein Eurozonenhaushalt ein Anreiz für beitriftswillige Staaten sein könne. Man müsse aber den Euroskeptikern entgegentreten und den Bürgern die Vorteile einer gemeinsamen Währung für die gesamte EU erläutern. Die Abgeordnete **Anett Bósz** (Ungarn) wandte ein, eine einheitliche Fiskalpolitik der Eurostaaten unter einem Euro-Finanzminister beteilige die Staaten außerhalb der Eurozone nicht und könne sich daher negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des gemeinsamen Wirtschaftsraums auswirken. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) wies auf die besondere Bedeutung des MFR für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft hin. Vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen, v. a. der Abschottungs- und Konfrontationspolitik Russlands, Chinas und der USA, aber auch dem schwindenden Zusammenhalt in Europa sei eine gerechte Lösung beim MFR erforderlich, mit der alle Mitgliedstaaten einverstanden sein müssten. Mit dem Hinweis, dass der MFR die politischen Prioritäten wie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU widerspiegeln müsse, begrüßte die Abgeordnete **Margarida Marques** (Portugal) den Beschluss des EP gegen die geplanten Kürzungen der Kohäsionsfonds. Der Abgeordnete **Ville Vähämäki** (Finnland) trat für mehr nationale Verantwortung in der Kohäsionspolitik ein. Er sei gegen eine Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten im Rahmen des MFR, denn dies träfe nur wenige Nettozahler. Eine bessere Lösung sei z. B. eine Klimaabgabe. Auf einen weiteren Aspekt der Kohäsionspolitik machte die Abgeordnete **Debora Serracchiani** (Italien) aufmerksam. Ihrer Meinung nach müsse im neuen MFR die Wirtschaftspolitik viel stärker mit der Sozialpolitik verknüpft werden. Vor diesem Hintergrund sei es bedauerlich, dass der Vorschlag einer gemeinsamen Arbeitslosenrückversicherung derzeit nicht weiter verfolgt werde.

3.2 Die Zukunft des Euro 20 Jahre nach der Einführung

Als erster Redner der Sitzung stellte der Präsident der Eurogruppe **Mário Centeno** die aus seiner Sicht erforderlichen Maßnahmen dar, um den Euro krisenfester zu machen. Als zweitgrößte Währung der Welt genieße der Euro eine hohe Akzeptanz bei den Bürgern der EU, die Finanzkrise habe aber seine Schwächen aufgezeigt. Um sowohl die Konvergenz als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer zu erhöhen, sei neben der Bankenunion und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus das geplante Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit ein wichtiger Schritt. Daneben seien eigene Initiativen der Mitgliedstaaten erforderlich. Der Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB) **Luis de Guindos** strich in seinem Beitrag die besondere Rolle der Parlamente bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion heraus. Gemäß der EU-Verträge sei die EZB eine unabhängige Institution, dennoch sei sie gegenüber dem EP rechenschaftspflichtig. Die nationalen Parlamente wiederum seien dafür verantwortlich, die entsprechenden Haushalte sowie die nötigen Strukturreformen zu verabschieden. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit beider Ebenen seien die neuen Regeln zu Bankenaufsicht und -abwicklung. In diesem Bereich müsse nun noch die Letztsicherung eingeführt werden. Dabei sei die Mitwirkung von EP und den nationalen Parlamenten gleichermaßen notwendig.

Kommissar **Pierre Moscovici**, zuständig für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, bezeichnete den Euro als greifbare Errungenschaft der EU. Dennoch müsse die gemeinsame Währung weiter gestärkt werden. Nach wie vor gebe es keine gemeinsame Währungspolitik und die immer noch bestehenden Ungleichheiten in den Euroländern führten zu Euroskepsis. Notwendig sei laut Moscovici zum einen die Vollendung der Bankenunion durch Schaffung der Europäischen Einlagensicherung, zum anderen müsse der Europäische Stabilitätsmechanismus reformiert werden. Dieser solle in einen Europäischen Währungsfond auf der Grundlage europäischer Gesetze umgewandelt werden, der von einem EU-Finanzminister verwaltet werde und gegenüber dem EP rechenschaftspflichtig sei. Aus Sicht von MdEP **Roberto Gualtieri** (S&D) müsse der Euro auch als politisches Projekt gesehen werden. Eine gemeinsame Währungspolitik sei kein Verzicht auf Souveränität, sondern eine Möglichkeit zur besseren Gestaltung der Währungspolitik vor allem für wirtschaftlich schwächere Länder. Nach Ansicht des EP dürfe das Eurozonenbudget als zusätzliches Instrument nicht auf Kosten der bestehenden EU-Fonds finanziert werden. Zudem sei eine strenge Kontrolle des gemeinsamen Rahmens der Wirtschaftspolitik durch EP und nationale Parlamente erforderlich. Die Entscheidungen müssten auf der Ebene kontrolliert werden, auf der sie getroffen werden.

Einige Delegierte widersprachen der Darstellung des Euro als Erfolgsgeschichte. Der Abgeordnete **Claudio Borghi** (Italien) kritisierte, dass es innerhalb der Eurozone nicht wie gedacht eine höhere Konvergenz und Integration unter den Mitgliedstaaten gebe, im Gegenteil stünden die Nicht-Euro-Staaten nach der Krise besser da. Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Zinsen und eine Stagnation der Reallöhne seien ein zu hoher Preis für den Euro. Dieser Meinung schloss sich der Abgeordnete **Gerasimos Balaouras** (Griechenland) an, der v. a. die Intransparenz der Entscheidung der Eurogruppe rügte. Diese hätten weitreichende Auswirkungen auf die Bürger und müssten daher demokratischer Kontrolle unterliegen. MdB **Dr. Birgit Malsack-Winkemann** (AfD) prangerte die Enteignung der deutschen Sparer durch die Negativzinsen an. Durch billige Kredite seien z. B. in Italien hohe Schulden angehäuft worden, die kaum beglichen werden könnten. Aus diesem Grund verwahre sie sich gegen eine Umwandlung der deutschen Einlagensicherung zu einer europäischen Einlagensicherung.

Einige Abgeordnete thematisierten in ihren Beiträgen die vorliegenden Vorschläge zur besseren Krisenfestigkeit des Euro. Die Abgeordnete **Inês Domingos** (Portugal) bedauerte, dass der Reformwille in vielen Mitgliedstaaten nachlasse. Die Bankenunion müsse mit der Einführung der Europäischen Einlagensicherung vollendet werden. MdEP **Pedro Silva Pereira** (S&D) beanstandete, dass die Verhandlungen zu Risikosenkung und Risikoteilung im Rahmen der Bankenunion in eine Sackgasse geraten seien. Da es keine Einigung zur Vorgehensweise bei der Risikosenkung gäbe, würde über die Risikoteilung nicht verhandelt werden. Eine vollständige Bankenunion sei aber notwendig, um den Euro zukunftsfest zu machen. Ein weiteres Problem für Stabilität und Konvergenz innerhalb der Eurozone thematisierte der Abgeordnete **Tuoko Aalto** (Finnland). Seiner Meinung nach müsse die Einhaltung der Haushaltsregeln besser überwacht und Verstöße geahndet werden.

3.3 Prioritäten für Investitionen für die Förderperiode nach 2020

Der Ko-Vorsitzende der Sitzung MdEP, **Jean Arthuis** (ALDE), stellte einleitend fest, dass es in der EU weiterhin eine Investitionslücke gäbe. Deshalb habe die Europäische Kommission für die kommende Haushaltsperiode InvestEU als Nachfolgeprogramm des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) vorgeschlagen. InvestEU solle wie der EFSI-Fonds öffentliche und private Investitionen in der EU mobilisieren. Hierzu habe das EP bereits seinen Standpunkt verabschiedet. Anschließend gingen auch der Präsident der EIB, **Werner Hoyer**, der

Ko-Berichterstatter des EP für InvestEU, **José Manuel Fernandes** (EVP), und das Mitglied des Europäischen Rechnungshofs, **Annemie Turtelboom**, auf InvestEU beziehungsweise den EFSI ein.

Werner Hoyer bewertete den EFSI als Erfolg. InvestEU könne in dieselbe Richtung stoßen. Investitionen würden die Zukunft Europas und der Gesellschaft prägen, da sie nachhaltige Wirkung über Jahrzehnte entfalten. Er verwies auf strukturelle Schwächen der EU, etwa ein ungleiches Wachstum zwischen den Mitgliedstaaten, eine schwächelnde Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu Nordamerika und Asien, eine alternde Gesellschaft sowie rückläufige öffentliche Investitionen. Diesen Schwächen müsse mit Investitionen begegnet werden. Die EIB helfe dabei, dass diese Investitionen auch mithilfe von privatem Kapital zustande kämen. Auch für das Erreichen der globalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele sei die Mobilisierung von privaten Kapital notwendig. InvestEU könne als langfristiges robustes Finanzierungsinstrument Innovationen, Klimaschutz und Kohäsion in der EU verbessern.

Annemie Turtelboom machte mit Bezug auf den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs zum EFSI deutlich, dass das Programm InvestEU gut verwaltet und durch das Parlament kontrolliert werden müsse. Sie stellte die Empfehlungen des EFSI-Sonderberichts vor, die auch für InvestEU relevant seien. Hierzu gehören beispielsweise, dass der Wettbewerb mit anderen EU-Fonds vermieden sowie die geografische Verteilung der unterstützten Investitionen verbessert werden solle. Einige dieser Empfehlungen seien bei der Ausgestaltung von InvestEU berücksichtigt worden. MdEP Fernandes erläuterte den Standpunkt des Europäischen Parlaments zu InvestEU. Es fordert unter anderem die Erhöhung der EU-Garantie auf 40,8 Milliarden Euro, die Stärkung der Bereiche kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Soziales sowie Verbesserungen bei der Verwaltungsstruktur. Er betonte, dass InvestEU die Kohäsionspolitik nicht ersetzen, sondern ergänzen werde.

Die nationalen Parlamentarier auf dem Podium sprachen sich für bestimmte Investitionsschwerpunkte aus. Der Abgeordnete **Iulian Iancu** (Rumänien) plädierte für verstärkte Investitionen im Energiebereich, insbesondere in grenzüberschreitende Stromnetze, um mehr Energieunabhängigkeit und Preisstabilität in der EU zu erreichen. Der Abgeordnete **Harri Jaskari** (Finnland) trat für mehr Innovations- und Investitionsschwerpunkte bei neuen Technologien (z. B. Autonomes Fahren, Biokraftstoffe, intelligente Netze) ein, um positive Auswirkungen auf die europäische Gesellschaft zu erreichen.

In der Diskussion hoben viele Delegierte die Bedeutung von Investitionen, Innovationen sowie InvestEU hervor und nannten verschiedene Investitionsprioritäten. MdB **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU) begrüßte insbesondere vor dem Hintergrund anstehender finanzieller Herausforderungen für den EU-Haushalt durch den Brexit und neue Aufgaben der EU das Programm InvestEU. Es sei ein gutes Beispiel dafür, wie positiv staatliches Handeln auf europäischer Ebene wirken könne. Mit seiner Hebelwirkung könne es dazu beitragen, die Investitionslücke zu schließen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Der Abgeordnete **Manuel Caldeira Cabral** (Portugal) empfahl die Förderung von Investitionen im Digitalbereich. Die Abgeordnete **Alice-Mary Higgins** (Irland) forderte einen stärkeren Anstieg der Investitionsmittel für Soziales (insbesondere für Pflege), KMU und nachhaltige Infrastruktur. Die Abgeordneten **Angelos Votsis** (Zypern) und **Vojko Starovič** (Slowenien) lobten das Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020. Votsis sprach sich zudem dafür aus, dass kleine Mitgliedstaaten die Investitionsfonds besser nutzen können. Der zweite Ko-Vorsitzende, Abgeordneter **Sorin Lazăr** (Rumänien), forderte abschließend eine ausgewogene und faire geografische Verteilung der Investitionen in der gesamten EU.

4. Konferenz zum Europäischen Semester

Am Vortag der SWKS-Konferenz fand im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP die ebenfalls gemeinsam von der Rumänischen Abgeordnetenversammlung und dem EP organisierte Konferenz zum Europäischen Semester statt. Die Konferenz umfasste eine Plenarsitzung, die eine Bestandsaufnahme des Europäischen Semesters zum Thema hatte, sowie gemeinsame interparlamentarische Ausschusssitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten und des Haushaltsausschusses. Auf den jeweiligen Podien waren Abgeordnete aus nationalen Parlamenten und dem EP vertreten, zudem hielt der Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für den Euro und den sozialen Dialog, **Valdis Dombrovskis**, eine Kurzsprache zum Europäischen Semester. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) steuerte im Ausschuss für Wirtschaft und Währung einen Einführungsbeitrag zum Thema Steuerbetrug und Geldwäsche bei.

4.1 Plenarsitzung: Das Europäische Semester – eine Bestandsaufnahme

MdEP **Roberto Gualtieri** (S&D), der zusammen mit der Abgeordneten **Carmen-Ileana Mihălcescu** (Rumänien) den Vorsitz der ersten Sitzung innehatte, führte zu Beginn der Sitzung in den Rahmen des Europäischen Semesters ein. Vizepräsident **Valdis Dombrovskis** zog eine positive Bilanz über das Europäische Semester. Für den Erfolg des Europäischen Semesters seien qualitative hochwertige Analysen der Volkswirtschaften, eine gute Kommunikation, auch gegenüber den nationalen Parlamenten und das Aneignen (*ownership*) der Reformvorschläge durch die Mitgliedstaaten von großer Bedeutung. Es sei wichtig, dass die Mitgliedstaaten Reformen nicht erst im Falle einer Krise umsetzen, sondern bereits vorher. Die Europäische Kommission unterstütze die Mitgliedstaaten dabei. Man habe über 500 maßgeschneiderte Reformvorhaben in 25 Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Er mahnte, die Reformvorschläge umzusetzen, da Risiken, wie etwa der Brexit, weiterhin bestehen würden. Hierbei sei auch das Handeln der nationalen Parlamentarier von Bedeutung.

Die EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, **Marianne Thyssen**, bemerkte, dass das Europäische Semester dabei helfe, voneinander zu lernen, Lösungen zu finden und einen gemeinsamen Weg für die Zukunft einzuschlagen. Es sei ein Erfolg, der zu Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen geführt habe. Sie hob hervor, dass es beim Europäischen Semester jedoch nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um soziale Reformen gehe. Daher habe man es mit der Säule der sozialen Rechte verknüpft. Zudem sei das neue soziale Scoreboard, das eine Übersicht über soziale Reformen in den Mitgliedstaaten gebe, Teil des Europäischen Semesters geworden. Das Scoreboard zeige Fortschritte in allen Rubriken, u. a. bei Beschäftigung, Wohnen, Einkommensunterschiede, aber auch Handlungsbedarf in den Mitgliedstaaten. Sie forderte abschließend dazu auf, aus dem Europäischen Semester einen Erfolg zu machen, denn nur so könnten die notwendigen Reformen in der EU und den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Die Vertreter des Europäischen Parlaments MdEP **Stefan Gehroid** (EVP) und MdEP **Agnieszka Kozłowska-Rajewicz** (EVP) hoben unterschiedliche langfristige Herausforderung für die Weiterentwicklung des Europäischen Semesters hervor. MdEP Gehroid, der im Namen von MdEP Tom Vandenkendelaere (EVP) sprach, bezeichnete die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und die damit verbundenen Auswirkungen für die sozialen Systeme, etwa durch steigende Renten-, Gesundheits- und Pflegekosten, als zentrale langfristige Priorität. Die Mitgliedstaaten sollten sich darauf vorbereiten, indem sie Haushaltspuffer aufbauten, Strukturreformen durchführten und Zukunftsinvestitionen tätigten. MdEP Kozłowska-Rajewicz legte einen Schwerpunkt ihres Beitrags auf die soziale Dimension des Europäischen Semesters. So würden immer noch Ungleichheiten, etwa bei der Jugendarbeitslosigkeit, bestehen. Insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bildung seien von zentraler Bedeutung für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Von Seiten der nationalen Parlamente zog die Abgeordnete **María Del Mar Angulo** (Spanien) eine positive Bilanz über die Entwicklung des Europäischen Semesters. Fortschritte seien in den Bereichen Struktur der Haushalte, Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht worden. Dieser Weg müsse weiter fortgeschritten werden, indem u. a. die Kommunikation verbessert und die Verantwortung der Mitgliedstaaten gestärkt werde. Der Abgeordnete **John Lahart** (Irland) stellte die Abläufe der Haushaltsverfahren im irischen Parlament dar, das durch ein eigenes Haushaltsbüro unterstützt wird, und erläuterte deren Verknüpfung mit dem Europäischen Semester.

In der anschließenden Debatte wurde seitens einiger Abgeordneter gefordert, neue Herausforderungen wie Demographie, digitaler Wandel, Klimaschutz in das Semester einzubeziehen. MdB **Uwe Feiler** (CDU/CSU) bewertete das Semester grundsätzlich als Erfolg, weil es sich fortentwickelt habe. Die EU stehe vor großen und zunehmenden Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel und der Jugendarbeitslosigkeit. Die Mitgliedstaaten dürften in ihren Reformanstrengungen nicht nachlassen. Dabei könnten gezielte Investitionen, der Abbau von hohen Schuldenständen und der Aufbau eines fiskalischen Puffers wichtige Faktoren für eine Stabilität sein. Er schlug vor, die Kohäsionsmittel enger mit den länderspezifischen Empfehlungen des Semesters zu verknüpfen. Auch der Abgeordnete **Bartłomiej Wróblewski** (Polen) sprach sich für eine bessere Umsetzung der Reformempfehlungen durch die Mitgliedstaaten aus. Er zeigte sich zwar offen für bessere Anreize zur Umsetzung der Strukturreformen, dies dürfe jedoch nicht zu einer Schwächung der Kohäsionspolitik führen.

Abgeordneter **Andrzej Stanisławek** (Polen) regte zu einer Diskussion darüber an, ob die Konferenz Standpunkte zum Europäischen Semester und zum Einstimmigkeitsprinzip auf EU-Ebene erarbeiten und beschließen sollte, während die Abgeordnete **Margarida Marques** (Portugal) eine verbesserte Mitsprache der nationalen Parlamente bei der Ausgestaltung des Europäischen Semesters sowie die Stärkung der sozialen Rechte im Rahmen des Semesters forderte. MdEP **Pedro Silva Pereira** (S&D) lobte den Jahreswachstumsbericht. Um auf die Herausforderung der abschwächenden Wirtschaft zu reagieren, bedürfe es keiner radikalen Veränderung der Haushaltspolitik, sondern

etwa Maßnahmen zum Absenken des Investitionsdefizits. Der Abgeordnete **Igors Pimenovs** (Lettland) regte verstärkte öffentliche Investitionen und eine Änderung der Methodik der Defizitverfahren an. Der Abgeordnete **Claudio Borghi** (Italien) verwies darauf, dass Italien im Vergleich zu anderen Staaten lediglich bei zwei (Schuldenstand und Arbeitslosigkeit) von 15 Parametern des makroökonomischen Scoreboards schlecht dastehe, was ein Ergebnis der Wirtschaftspolitik der EU sei. Er forderte die Aufnahme eines zusätzlichen Parameters, der berücksichtige, ob ein Mitgliedstaat Nettozahler oder -empfänger sei.

4.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Im ersten Block der Ausschusssitzung wurden die Themen Steuern und Geldwäsche behandelt. Diese Sitzung fand gemeinsam mit dem Sonderausschuss für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3) des EP statt. Der Direktor der Generaldirektion Steuern und Zollunion der Europäischen Kommission, **Valère Moutarlier**, erläuterte die Steuerpolitik der Europäischen Kommission, die auf den Säulen Steuertransparenz, steuerliche Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sowie Modernisierung der europäischen Steuerregeln beruhe. Es seien 14 Legislativvorschläge verabschiedet worden, acht davon, um gegen Steuerbetrug und Steueroptimierung vorzugehen. Kritisch sei, dass aufgrund des Prinzips der Einstimmigkeit einige Vorschläge, u. a. zur Digitalbesteuerung, bisher noch nicht verabschiedet werden konnten. Auch die für Steuern und Geldwäsche zuständigen Mitglieder des Europäischen Parlaments MdEP **Petr Ježek** (ALDE), MdEP **Dariusz Rosati** (EVP) und MdEP **Jeppe Kofod** (S&D) kritisierten die Blockadehaltung einiger Mitgliedstaaten. Sie identifizierten verschiedene Lücken im System (u. a. im Bereich der Geldwäsche, der Besteuerung digitaler Dienste und der Mehrwertsteuer), die geschlossen werden müssten.

Die nationalen Parlamentarier sprachen sich zum Großteil für eine engere europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug aus. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) plädierte dafür, die Bekämpfung der Geldwäsche und Organisierten Kriminalität als Einheit zu sehen und die Rechtsetzungen im Bereich der Geldwäsche schneller umzusetzen. Zudem sei es verwerflich, dass einzelne Mitgliedstaaten steuerliche Sonderkonditionen mit transnationalen Konzernen ausgehandelt hätten. Vor diesem Hintergrund begrüßte er die Bemühungen zur Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer. Er widersprach Forderungen nach einer Aufhebung des Einstimmigkeitserfordernisses bei Steuern sowie einer eigenen Steuerhoheit der EU und verwies auf die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit. Die Abgeordnete **Marianne Mikko** (Estland) rief dazu auf, sich auf neue Gefahren im Bereich der Geldwäsche wie bei Krypto-Währungen vorzubereiten. **Timo Harakka** (Finnland) sprach sich für eine europäische Steuer, z. B. Finanztransaktionsteuer oder CO₂-Steuer aus, um europäische Vorhaben zu unterstützen.

Die anstehenden Herausforderungen der Bankenunion waren das Schwerpunktthema des zweiten Blocks. **Andrea Enria**, Vorsitzender des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank, und **Olivier Guersent**, Generaldirektor der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der Europäischen Kommission, zeigten auf, dass die Bankenunion immer noch nicht vollendet sei. Es gäbe weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere bei der Minderung der notleidenden Kredite und der Steigerung der Bankenprofitabilität. Guersent bemängelte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Rahmens. Es bestehe das Risiko, dass die nächste Krise komme, ohne dass die Bankenunion vollendet sei. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) warnte, dass verschiedene Risiken auf europäischer und globaler Ebene, wie der Brexit, zu einem raschen Ende der rund zehnjährigen Wachstumsphase führen könnten. Die Vollendung der Bankenunion sei notwendig. Er sprach sich hingegen gegen einen überstürzten Abschluss des europäischen Einlagensicherungssystems aus. Zuerst müssten die Bestände an notleidenden Krediten ausreichend reduziert werden. Sowohl der Abgeordnete **Nicolaos Tornaritis** (Zypern) als auch MdEP **Pervenche Berès** (S&D) sprachen sich hingegen für die baldige Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems aus. Senator **Alberto Bagnai** (Italien) gab in Bezug auf die geringe Bankenprofitabilität zu bedenken, dass niedrige Zinsen und ein schwacher Euro im Falle eines Schocks auch danach notwendig seien, um die Kluft zwischen Nord- und Südländern der Eurozone abzumildern.

4.3 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Den ersten Themenblock zu neuen Formen der Beschäftigung eröffnete der Abgeordnete **Serkan Köse** (Schweden) mit seinem Impulsvortrag über die Auswirkungen der Digitalisierung auf das Arbeitsleben. Neue Arbeitsformen und Arbeitszeiten machten eine Verbesserung von Arbeitnehmerrechten erforderlich. Ebenso seien Maßnahmen nötig, um Geringqualifizierte vor einem Arbeitsplatzverlust und daraus resultierender Armut zu schützen. Köse wies aber auch darauf hin, dass Digitalisierung zu besseren Arbeitsbedingungen und damit zu

mehr Produktivität führen könne. Die Abgeordnete **Radka Maxova** (Tschechische Republik) stellte in ihrem Redebeitrag fest, dass durch Digitalisierung neue Berufe und neue Arbeitsplätze entstünden, die von den Arbeitnehmern aller Generationen auch neue Fähigkeiten erforderten. Daneben machte sie auf Gefahren der steigenden psychischen Belastung durch flexible Arbeitsformen aufmerksam. Auf der anderen Seite böte die Digitalisierung eine gute Möglichkeit, Menschen mit Behinderung oder aus ländlichen Regionen in das Arbeitsleben zu integrieren.

Die Abgeordnete **Svetlana Angelova** (Bulgarien) berichtete vom Wirtschaftswachstum in Bulgarien, das zu mehr Arbeitsplätzen führe. Der Schwerpunkt des jährlichen Beschäftigungsplans der Regierung läge aktuell auf der Unterstützung von Langzeitarbeitslosen und der Förderung von Selbständigkeit. Die Abgeordnete **Svevi Koutra-Koukouma** (Zypern) beklagte die Zurückdrängung von Tarifverträgen, um angeblich eine höhere Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Zusätzlich würden die Auflagen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu noch mehr Deregulierung führen. Über die Erfahrungen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen informierte der Abgeordnete **Harri Jaskari** (Finnland). Die Beteiligten seien damit zufrieden gewesen, es seien jedoch nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen worden. MdEP **Thomas Händel** (GUE/NGL), Ko-Vorsitzender der Ausschusssitzung, warnte davor, ein bedingungsloses Grundeinkommen als „Stilllegungsprämie“ für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmer zu missbrauchen und mahnte die Mitwirkung der Beschäftigten bei den Veränderungen in der Arbeitswelt an.

Im zweiten Teil der Ausschusssitzung zum Thema kontinuierliche Überwachung und Evaluierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten für Menschen mit Behinderung als wesentlicher Teil des Europäischen Semesters gab die Abgeordnete **Carla Tavares** (Portugal) einen kurzen Überblick über die portugiesischen Maßnahmen für behinderte Menschen, die deren Autonomie und ihre Integration in die Gesellschaft fördern sollten. Neben finanziellen Hilfen für Assistenz und Pflege sowie steuerlicher Entlastungen für behindertengerechte Fahrzeuge seien dies Programme für die Bildungs- und Ausbildungsförderung und verbesserte Beschwerde- und Klagemöglichkeiten. Der Abgeordnete **Ante Babić** stellte die kroatische Politik zur Integration behinderter Menschen dar. Auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention und der EU-Strategie für Menschen mit Behinderungen seien zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden, die eine Teilhabe in allen gesellschaftlichen Feldern ermöglichten. So sei z. B. eine gesetzliche Beschäftigungsquote eingeführt und in die barrierefreie Mobilität investiert worden. Schulen bekämen Unterstützung, um mehr Schüler mit Behinderung unterrichten zu können. Außerdem werde die Betreuung von Schwerstbehinderten innerhalb der Familie gefördert.

In der Aussprache bemängelte MdEP **Ádám Kósa** (EVP) die geringen Beschäftigungsquoten behinderter Menschen in einzelnen EU-Mitgliedstaaten; zudem müsse aus seiner Sicht das gesellschaftliche Miteinander von behinderten und nicht-behinderten Menschen verbessert werden. Ein wichtiger Schritt zur Integration sei das geplante Zugänglichkeitspaket der EU. Die Abgeordnete **Alice-Mary Higgins** (Irland) merkte an, dass Bürokratie auf mehreren Ebenen für behinderte Menschen ein zusätzliches Hindernis im täglichen Leben sei, daher müsse bei allen politischen Entscheidungen ein Bewusstsein für die speziellen Bedürfnissen behinderter Menschen entwickelt werden. MdEP **Kostadinka Kuneva** (GUE/NGL) zeigt sich erfreut, dass auch in denjenigen Mitgliedstaaten, die von der Finanzkrise besonders betroffen waren, zahlreiche Maßnahmen zur besseren Integration von Menschen mit Behinderung ergriffen wurden. Sie begrüßte v. a. Hilfen für qualifiziertes Personal, um schwerbehinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Über die Initiativen der belgischen Gebietskörperschaften informierte der Abgeordnete **Serge De Patoul** (Belgien). Dort gebe es bei öffentlichen Ausschreibungen eine soziale Komponente, um Unternehmen zu fördern, die behinderte Menschen beschäftigen.

4.4 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Haushaltsausschuss

Der Themenschwerpunkt der interparlamentarischen Sitzung des Haushaltsausschusses war der Mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027 und das Eigenmittelsystem der EU. MdEP **José Manuel Fernandes** (EVP) erläuterte, wie die Forderung des EP zustande käme, die derzeitige Obergrenze für die Ausgaben im Rahmen des MFR auf 1,3 % des Bruttonationaleinkommens der EU anzuheben. Das EP lehne Kürzungen im Bereich der Kohäsionsfonds und der Mittel für die gemeinsame Agrarpolitik ab. Addiere man nun die erforderlichen Summen für alle Programme, müssten die Ausgaben entsprechend angehoben werden. MdEP **Eider Gardiazabal Rubial** (S&D) ergänzte, dass die vom EP geforderte Höhe des MFR noch zurückhaltend sei. Um den politischen Prioritäten und neuen Herausforderungen der EU gerecht zu werden, sei es bei Migration, Verteidigung, Sicherheit oder Klimawandel müsse gegebenenfalls sogar eine höhere Summe veranschlagt werden. Die Erfahrung mit dem MFR 2014 – 2020 habe gezeigt, dass eine höhere Flexibilität vonnöten sei, um auf Krisen reagieren zu können.

Eine Reform der Einnahmen im Rahmen des MFR regte MdEP **Janusz Lewandowski** (EVP) an. Er kritisierte das intransparente Rabattsystem und forderte die Verstärkung der bestehenden und die schrittweise Einführung neuer Eigenmittel. Aus seiner Sicht kämen hierfür vor allem überarbeitete Mehrwertsteuer-Eigenmittel und Anteile der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer der Mitgliedstaaten in Frage. Darüber hinaus schlug er eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Digital- oder Plastiksteuer vor. MdEP **Gérard Deprez** (ALDE) trat Befürchtungen entgegen, das EP plane eine Steuerkompetenz auf EU-Ebene. Vielmehr respektiere das EP die fiskalische Souveränität der Mitgliedstaaten und werde einen solchen Vorschlag nicht verabschieden. Er befürwortete aber das vorgeschlagene, ausgewogene Paket neuer Eigenmittel, da mit der Erhöhung der Eigenmittel eine Entlastung der Mitgliedstaaten einhergehe.

Etliche der Delegierten bezogen sich in ihren Beiträgen auf die besonderen Probleme für den neuen MFR. MdB **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU) räumte ein, dass die Finanzierung aller Herausforderungen einer Quadratur des Kreises gleichkäme. Ausgabenkürzungen auf der einen sowie höhere Beiträge auf der anderen Seite seien unerlässlich, auch wenn zusätzlich Kompromisse und Zugeständnisse von allen Beteiligten gemacht werden müssten. Deutschland sei bereit, die EU finanziell zu stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen könne. Bevor aber Forderungen nach mehr Haushaltsmittel erhoben würden, müsse genau geprüft werden, ob bei allen Maßnahmen ein europäischer Mehrwert bestehe. Wichtig sei zunächst eine Definition politischer Prioritäten der EU. Höhere Ausgaben müssten nach Ansicht von MdEP **Paul Rübzig** (EVP) an den Kriterien von Mehrwert, Zusatzkosten für die Bürger bei Unterlassung der Maßnahme sowie dem Subsidiaritätsprinzip geprüft werden. Bei der Priorisierung von neuen Aufgaben hoffe er auf Anregungen aus den nationalen Parlamenten. MdB **Ulla Ihnen** (FDP) betonte ihrerseits, dass nicht nur Forderungen auf der Einnahmenseite erhoben werden sollten, sondern auch eine kritische Evaluierung der Ausgabenseite erfolgen müsse. Insgesamt rate sie nicht zu einer Verbreiterung der Eigenmittel, da die Steuerbelastung sei schon jetzt sehr hoch sei. Die Abgeordnete **María Del Mar Angulo** (Spanien) erhob die Forderung, innerhalb des MFR Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Folgen des demografischen Wandels begegnen zu können. Vor allem die ländlichen Regionen seien davon betroffen. Mehrere Abgeordnete sprachen sich gegen eine Kürzung der Kohäsionsmittel aus, da dies vor allem die osteuropäischen Länder träfe, die wirtschaftlich noch aufholen müssten. Auch Auflagen im Umweltschutz stellen daher eine besondere Belastung für diese Länder dar. MdB **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) appellierte, sich beim Finanzrahmen von einer rein nationalen geprägten Sichtweise zu lösen und vielmehr nach den europäischen Herausforderungen zu fragen. Sobald man sich hier über die tatsächlichen Ziele verständigt habe, sei die Finanzierung wesentlich einfacher.

Berlin, den 13. September 2019

Dr. André Berghegger
Delegationsleiter

